

Hat der Staat noch eine Zukunft?

Autor(en): **Frei, Daniel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **51 (1971-1972)**

Heft 8

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162653>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Ergebnis solcher Interviews in gleicher Weise auszuwerten, wie das beim Realeinkommen pro Kopf geschieht, wird freilich ausgeschlossen sein. Der Wunsch nach Quantifizierung lässt sich mit anderen Worten nur beschränkt erfüllen. Der Übergang vom Mikrobereich zum Makrobereich ist mit allen jenen Schwierigkeiten verbunden, welche Repräsentativerhebungen anhaften. Ausserdem gilt es mit allem Nachdruck daran zu erinnern, dass sowohl das Versorgungsniveau wie das Anspruchsniveau sich ausschliesslich auf ökonomische Grössen beziehen und dass die subjektive Wohlfahrt, in einem umfassenderen Sinne interpretiert, durch sie nur zu einem Teil bestimmt wird.

DANIEL FREI

Hat der Staat noch eine Zukunft?

Der Staat – eine überholte Organisationsform?

Die These ist bekannt und schon längst zum Schlagwort geworden: Der Staat sei, heisst es, obsolet geworden; der souveräne Territorialstaat sei angesichts der modernen Technik und angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Interdependenz als politische Organisationsform völlig überholt und den Aufgaben, die heute zu bewältigen sind, überhaupt nicht mehr angemessen. Oder noch deutlicher ausgedrückt: Die politische Organisationsform «Staat» sei im Vorfeld des 21. Jahrhunderts nicht anders überholt als seinerzeit, beim Aufkommen des Staates im Spätmittelalter, das Rittergut oder die Freie Reichsstadt.

Solche Gedankengänge sind nicht nur ein Steckenpferd von ein paar besonders phantasiebegabten Futurologen. Sondern in ihnen steckt, auf den ersten Blick erkennbar, etwas, das gerade auch für die Schweiz von grosser, ja brennender Aktualität ist: Es geht hier nicht zuletzt um die relative Leichtigkeit, ja Ohnmacht des Kleinstaates Schweiz – eine Leichtigkeit, die umso deutlicher empfunden wird, je mehr das Geflecht der internationalen Zusammenarbeit wächst. Das Problem als solches stellt sich in-

dessen überall auf der Welt, und es soll hier denn auch mit ein paar ganz grundsätzlichen und allgemeinen Überlegungen beleuchtet werden. Denn was die grossen, säkularen Trends der politischen Organisation betrifft, so gibt es keinen helvetischen Sonderfall – die Schweiz steht ja mitten drin im Getriebe.

Allerdings lässt sich die Frage, ob der Staat als politische Organisationsform noch eine Zukunft habe oder nicht, kaum einfach mit einem blanken «Ja» oder «Nein» beantworten. Die folgenden Ausführungen wollen lediglich ein paar der Kräfte nennen, die das Staatliche infragestellen, und sie mit jenen Kräften vergleichen, die im Gegensatz dazu das Staatliche eher stärken.

Militärstrategische Tatsachen

Eine erste Kraft, die das Staatliche infragestellt, es erodiert und dazu neigt, den Staat schliesslich überhaupt aufzuheben, ergibt sich aus der waffentechnologischen Entwicklung oder genauer: aus der politischen Bedeutung der modernen Waffentechnologie. Die Geschichte zeigt, dass die Form der politischen Organisation stets von den Mitteln abhing, mit denen diese Organisation verteidigt werden konnte. Solange die Festungsmauern der Ritterburg für allfällige Angreifer ein fast unbezwingbares Hindernis darstellten, genügte die Ritterherrschaft als politische Organisationsform. Sobald aber mit dem Aufkommen der Artillerie die Mauern der Ritterburg ihre Unüberwindbarkeit einbüssten, hatte auch die Stunde des Rittertums geschlagen, und der grossflächige Territorialstaat entstand. Diese Organisationsform ihrerseits fand bis in unser Jahrhundert hinein in den neuzeitlichen Massenarmeen und stehenden Heeren genau jenes Mittel zu ihrer Verteidigung, das ihr entsprach.

Heute jedoch, in einer Zeit, wo den Supermächten weittragende Fernlenk Waffen und nukleare Zerstörungskapazitäten zur Verfügung stehen, scheint der souveräne Territorialstaat genau so überholt zu sein wie seinerzeit die Ritterburg vor den Mündungen der Feuerschlangen und Mörser der Territorialfürsten. Genau wie vor 500 Jahren die Ritterburg hat der souveräne Staat im Gefolge der neuen waffentechnologischen Revolution seine Unverletzlichkeit verloren, hat er aufgehört, eine harte, nicht knackbare Nuss zu sein – es ist dem bisher festen Gehäuse des Territorialstaates buchstäblich das Dach abgehoben worden. Nur zwei Mächte gibt es noch, die einander in einem (wenn auch sehr delikaten) Gleichgewicht von Vergeltungsdrohungen gegenseitig in Schach zu halten und so sich wirklich in allen Situationen zu schützen vermögen, während jeder andere

Staat, ob er das nun anerkennen will oder nicht, unter dem nuklearen Garantie- und Schutzschirm einer der beiden Supermächte steht. So, wie das obsolet gewordene Rittertum im Territorialstaat aufging, so müssten demnach die jetzt ebenfalls obsolet gewordenen Territorialstaaten in der nächsthöheren Organisationsform, dem Block, aufgehen.

In der Tat gibt es verschiedene Anzeichen, die eine solche Hypothese zu bestätigen scheinen: Moderne Bündnissysteme zum Beispiel sind ja nicht mehr nur wie Allianzen klassischen Stils auf dem Papier fixierte Abmachungen für den Eventualfall, sondern sie reichen mit ihren Koordinations- und Integrationsbestrebungen von der Kommandostruktur bis zur Rüstungsproduktion tief in das Politische hinein. Das sind Dinge, die zu denken geben.

Überforderter Staat

Dazu kommt nun, zweitens, die Tatsache, dass auch im zivilen Bereich Aufgaben an unsere Gesellschaft herantreten, zu deren Bewältigung die Mittel der einzelnen Staaten einfach nicht mehr ausreichen. Auf manchem Gebiet hat sich schon seit langem die Erkenntnis durchgesetzt, dass nur noch die internationale Zusammenarbeit einen tauglichen Weg offenlässt. Von der Fahrplankoordination der Eisenbahnen bis zur Flugsicherung wäre ein rein national orientiertes Vorgehen heute unvorstellbar. Aber das sind freilich in den meisten Fällen weiter nichts als rein technische Fragen, die höchstens noch von Leuten als politisch relevant empfunden werden, die in Souveränitätssachen extrem sensibel sind.

Demgegenüber gibt es aber tatsächlich Aufgaben von grösstem Gewicht, die die Möglichkeiten des einzelnen Staats eindeutig überfordern: Umweltschutz, Forschungsfinanzierung und Währungspolitik sind nur drei Stichworte unter vielen. Wir erleben heute täglich, wie der Staat durch die Herausforderung durch die Inflation in Verlegenheit kommt, und wir wissen, dass seine Bemühungen, selbst wenn er eine durchgreifende nationale Konjunkturpolitik organisieren könnte, angesichts der internationalen Implikationen des Problems zu einem beträchtlichen Teil wieder aufgehoben würden. Auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung können es sich nur mehr die Supermächte leisten, in maximaler Breite alle denkbaren Interessen zu verfolgen; ähnlich wie auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und der nuklearen Vergeltungskapazität sind die andern je nachdem mehr oder weniger stark in die Rolle von «Konsumenten» gedrängt worden, und dieser Trend macht sich immer ausgeprägter bemerkbar.

Gewiss wäre es verstiegen zu behaupten, alle diese neuen Aufgaben und

Bedürfnisse hätten den Staat als gesellschaftliche Organisationsform überholt und ein für allemal ausmanövriert; wohl aber ist es richtig zu sagen, dass wenigstens von manchen der neuen Aufgaben aus gesehen *kein* zwingender Grund mehr *für* den Staat besteht.

Wirtschaftliche Interdependenz

Dasselbe gilt nun auch besonders eindrücklich für die Kräfte von wirtschaftlicher Seite. «Interdependenz» ist da nicht nur ein beliebtes Schlagwort, sondern auch eine unleugbare Realität. Die moderne, international verflochtene Wirtschaft ist aber in mehr als einer Hinsicht auf die ordnende Funktion des Politischen angewiesen: Vom Aktienrecht bis zur Kartellpolitik, von der Fabrikgesetzgebung bis zur Steuerordnung müssen Dinge geregelt werden, die sich nur kraft staatlicher Hoheit regeln lassen. Und da werden dann aber der Territorialstaat und die flächenmässig beschränkte Gültigkeit der von ihm erlassenen Normen als lästiges Hindernis empfunden; zwischen den einzelnen Territorien treten Diskrepanzen hervor, die nun mit grosser Mühe «harmonisiert» werden müssen. Die Wirtschaft verlangt dringend nach einer solchen Harmonisierung, aber der Reibungswiderstand vom Staatlichen her ist äusserst zäh. Wir erleben das heute mit beunruhigender Anschaulichkeit auf unserer Suche nach besonderen Beziehungen zur EWG; das Dilemma, in das wir dadurch geraten, ist ja primär nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur. Anders gesagt: das überlieferte Politische und das dynamisch vorwärtsdrängende Wirtschaftliche decken sich nicht mehr, und auch diese Spannung neigt dazu, das Staatliche anzufechten und es vielleicht auf lange Sicht in seiner jetzigen Form auch aufzuheben.

Verblässen des Nationalen

Bei den drei bisher genannten Kräften, die den Staat grundsätzlich infragestellen und erodieren, handelt es sich durchgehend um Faktoren, die alle für sich selber sprechen. Hinzu kommt nun aber noch eine vierte, sehr wichtige Kraft, und das ist die rein subjektive Kraft der politischen Loyalität. Eine Nation ist, so hat Ernest Renan einmal definiert, nichts anderes als «un plébiscite de tous les jours». Mit anderen Worten: vom Fall der brutalen, nackten Zwangsherrschaft einmal abgesehen, ist ein Staat gerade in dem Masse Staat, als seine Einwohner sich ihm verbunden fühlen, als sie *subjektiv* als Bürger dieses Staates denken und handeln und der staatlichen Gemeinschaft ihre oberste Loyalität – eben Patriotismus – entgegenbringen.

Nach über hundert Jahren einer Epoche, in der das Nationale in der politischen Wertskala der Menschen den obersten Platz einnahm, stehen wir heute jedoch in einer Zeit, in der das Nationale seine alles andere überragende Anziehungskraft verloren hat. Das ist nicht nur eine Frage des Stils – natürlich liegt uns das bramarbasierend-patriotische Pathos des 19. Jahrhunderts heute nicht mehr –, sondern es geht auch um die Substanz selbst, um die Tatsache, dass ein nicht unbedeutender Teil unserer Jugend und auch der übrigen Bevölkerung nicht mehr die *nationale* Gemeinschaft als das «Wir» versteht, wenn er von «wir» spricht.

Wodurch diese Entwicklung veranlasst wurde, lässt sich kaum durchschauen: Die jähe Ausweitung unseres Bewusstseinshorizontes durch die modernen Massenmedien mag als Ursache mit im Spiel gewesen sein, ebenso auch ein gewisses wohlstandsbedingtes Desinteresse für jedes Engagement gegenüber einer Gemeinschaft überhaupt, eine oft nihilistisch anmutende Gefühlsleere und Wurstigkeit, die sich mit informellen, unbeständigen Zufallsbindungen zufriedengibt, zeitweise dann aber auch wieder in fanatische Hingabe für irgendeine utopische Heilslehre umkippt.

Noch schwieriger ist es, die künftige Entwicklung der Loyalitätenstruktur einzuschätzen. Gewiss gab es schon immer Kräfte, die mit dem Nationalen um den obersten Rang im Bewusstsein der Menschen stritten; religiöse und klassenmässige Bindungen, die Treue zum Stamm oder zur engeren Heimat von Kanton und Dorf haben das Nationalbewusstsein immer wieder angefochten; doch so verwirrend wie heute war die Lage noch nie: Es zeichnet sich trotz Aufrufen zu universalistischer oder klassenmässiger Solidarität keine bestimmte Richtung als Alternative zum Nationalen ab, in der sich die Loyalitäten wieder verfestigen könnten. Nur eines steht fest: Die Kraft der nationalen Loyalitäten ist im Abnehmen begriffen, und dies nicht nur in der Schweiz, sondern in allen modernen Industriestaaten. Damit aber wird dem Staat gewissermassen die innere Substanz entzogen.

Das sind die vier Kräfte, die heute und in absehbarer Zukunft in spektakulärer Weise und mit grosser Macht das Staatliche an sich und damit auch den Kleinstaat Schweiz infragestellen. Es wäre nun aber falsch, sofort entsprechende Schlussfolgerungen aus ihnen abzuleiten. Sondern es gibt eine Reihe wichtiger Gegenkräfte, die dieses Bild wesentlich modifizieren.

Das Paradox der waffentechnologischen Revolution

Bereits der erste anfangs genannte Trend zur Aufhebung des Territorialstaats und zur Blockbildung, wie er sich der Theorie nach eigentlich hätte durchsetzen müssen, hat sich in der Praxis nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: dieser

Faktor hat die Entwicklung paradoxerweise genau in die andere Richtung gelenkt. Wir müssen heute, 26 Jahre nach dem Beginn des Nuklearzeitalters, feststellen, dass die furchtbarste aller Waffen die Macht und die Anwendbarkeit von Gewalt durch ihre Besitzer nicht gefördert, sondern eingeschränkt hat: Es ist schlicht und einfach zu gefährlich, damit zu spielen, und bereits die Gewaltanwendung mit konventionellen Mitteln steht infolge der Eskalationsgefahr in einem Bereich, in dem alle Beteiligten daran interessiert sind, grösste Vorsicht walten zu lassen. Die *militärisch* wirksamste Waffe hat sich also in normalen Zeiten als *politisch* unbrauchbar erwiesen. Und während sich die Macht der Supermächte gegenseitig neutralisiert, können es die Kleinen sich gestatten, ungestraft Gewaltmittel zu brauchen. Das kleine Nordvietnam konnte es sich leisten, die USA laufend herauszufordern; Indonesien komplimentierte nach dem Sturz Soekarnos über Nacht seine mächtigen Gönner, die Sowjets, zum Lande hinaus, und dasselbe taten im vergangenen Sommer die Sudanesen. Man darf darum die Behauptung wagen, dass trotz oder gerade dank der grossen waffentechnischen Revolution die Macht der einzelnen Staaten, auch der kleinen, relativ gesehen eher zu- als abgenommen hat.

Und soweit Blöcke entstanden sind, haben in ihnen im Zeichen des nuklearen Patt schon bald zersetzende Kräfte zu wirken begonnen. Die wechselseitige Neutralisierung der nuklearen Arsenale der Supermächte liess die nuklearen «Schirme» und Garantien, die diese ihren Schützlingen versprochen, wenig glaubwürdig erscheinen. Frankreichs Ausscheren aus der NATO lässt sich darum nicht einfach durch die Träume von nationaler «Grandeur» eines retrospektiv orientierten Generals erklären, sondern es besitzt im Rahmen der strategisch-politischen Gegebenheiten durchaus seine innere Logik – eine Logik, die sich, wenn auch mit ungleich geringerer Deutlichkeit, sogar in der Bundesrepublik und in Kanada bemerkbar macht.

Im Osten lässt sich diese Tendenz – allerdings in etwas anderer Form, aber nicht weniger offenkundig – ebenfalls feststellen. Sobald an irgendeinem Ort der direkte, züchtigende Zugriff der Roten Armee aus irgendeinem Grund nicht mehr in Frage kommt, melden sich Selbständigkeitsregungen. Rumänien und Jugoslawien sind Paradebeispiele von Staaten, die sich trotz unaufhörlicher Warnungen vor den bösen Plänen der «Imperialisten» nicht mehr unter die nuklearen Schutzfittiche der Sowjetunion zurückfinden wollen. China vollends ist ganz ausgeschert und versucht, auf militärstrategischem Gebiet selbst Parität zu erlangen.

Ein solches Streben muss seinerseits wieder die letzte Glaubwürdigkeit, die die nuklearen Garantien der Supermächte für Dritte hatten, erschüttern, und so entsteht eine Tendenz zur nuklearen Proliferation. Die Tatsache,

dass sich die Supermächte vor drei Jahren über einen Atomsperrvertrag einigten, hat seinen Grund vielleicht nicht zuletzt in einer durchaus realistischen Ahnung künftiger Entwicklung, die so oder so auf eine neue Stärkung des einzelstaatlichen Selbständigkeitswillens und auf eine wie früher vor allem am eigenen nationalen Interesse orientierte Verteidigungs- und Aussenpolitik hinauslaufen. Der Staat als Organisationsform findet sich auf diese Weise gestärkt und gefestigt.

Zunehmende Bedeutung des Staats für den einzelnen

Doch nicht bloss die strategisch-politischen Folgen der modernen Waffentechnologie führen in diese Richtung. Sondern dem modernen Staat, wie wir ihn heute überall auf der Welt kennen, scheint eine Tendenz eingebaut, die unablässig auf seine Erhaltung hin wirkt, und das ist das stetige Anwachsen der Zahl der Leistungen, die die Gesellschaft vom Staat verlangt und bezieht. Äusserlich wird dies an der oft explosiven Vergrößerung der Beamtenschaft, an den in die Breite und Höhe sich ausdehnenden Bürobauten öffentlicher Ämter sichtbar, finanziell im jährlich zunehmenden prozentualen Anteil des Budgets der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt. Wenn vorhin festgestellt wurde, dass die vielen neuen, gewaltigen Aufgaben den Staat zum Teil überfordern und nur noch durch den Aufbau übergeordneter Institutionen aufgefangen werden können, so wäre also diese These sofort zu korrigieren durch die Feststellung, dass von der Fülle der neuen Aufgaben immer noch so viele für den überlieferten Staat abfallen, dass diesem noch Möglichkeiten genug bleiben, das Mass seiner Funktionen nicht nur zu erhalten, sondern noch zu mehren.

Und was das Entscheidende ist: Die Masse der vom Staat ausgeübten Funktionen wächst sogar schneller als der Umfang der den internationalen Organisationen übertragenen Funktionen. Das Jahresbudget sämtlicher internationaler Organisationen verhält sich zum Total der Jahresbudgets sämtlicher Staaten nur etwa wie 1 : 25, und dieses Verhältnis wird zur Zeit für die internationalen Organisationen immer ungünstiger. Für den einzelnen Bürger bedeutet das, dass er in immer stärkerem Masse, in immer vielfältigerer Hinsicht, auf den Staat angewiesen und darum direkt oder indirekt an dessen Erhaltung interessiert ist.

Vollends ist der Staat in unserem Jahrhundert gerade auch durch jene ideologischen Strömungen, die grundsätzlich andere, angeblich höhere Formen der Gemeinschaftsbildung verwirklichen wollten, gefestigt, ja mehr als das: bis zu hybrider Superstaatlichkeit gesteigert worden. Nationalsozialismus und Kommunismus sind beide binnen kurzem in der Sackgasse des

totalitären Staats steckengeblieben, eines Staats, der sich anmasst, alles und jedes auf seinem Gebiet zu regeln und zu lenken, und der jenen Spielraum, den wir «Freiheit» nennen, allenfalls noch als Ausnahme von der Regel duldet. Die totalitären Staaten stehen auf der heutigen weltpolitischen Bühne als Gebilde von derart durch und durch versteineter Staatlichkeit da, dass hier jede Voraussage über ein wahrscheinliches Obsoletwerden und gar selbsttätiges «Absterben» des Staats fast wie ein deplazierter Witz wirkt.

Renaissance des Nationalismus

Als dritte Kraft, die heute im Gegensatz zu allen den Staat erodierenden Tendenzen das Staatliche festigt, ist der Nationalismus zu nennen. Das steht nicht im Widerspruch zu dem vorhin Gesagten: Gewiss sind die nationalen Loyalitäten mancherorts im Schwinden begriffen, gewiss bedeutet der Nationalismus als Kitt für den Zusammenhalt menschlicher Gemeinschaften da und dort nur noch ein Requisit aus der historischen Rumpelkammer. Aber während er auf der einen Seite ausgetrieben wird, drängt er sich von der anderen Seite her erneut wieder auf die politische Szene. Wir erleben dieses Paradox in unserem eigenen Lande, wo wir in der gleichen Zeit, da die Bindungen an das Nationale sich oft lockern und diffusen und halbwegs universalistischen Orientierungen weichen, im Berner Jura heftigste Aufwallungen eines Mikronationalismus konstatieren – nicht anders als im Südtirol und in Nordirland oder im Baskenland und in Wallonien. Und ebenso eindrücklich haben wir vor einem Jahr erlebt, wie eine in einer sehr simplen Auffassung von Schweizer Patriotismus wurzelnde Verfassungsinitiative die Unterstützung von immerhin noch über 40% der Stimmbürger fand.

Selbst wenn das nationale Identitätsgefühl als die Haupttriebfeder aller politischen Gemeinschaftsbildung in den Industriestaaten der nördlichen Halbkugel im allgemeinen an Kraft verliert, so blüht es nun aber anderseits erst recht auf der südlichen Halbkugel. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Zahl der Staaten ja mehr als verdoppelt, und für die jungen Staaten bedeutet die neu erlangte staatliche Unabhängigkeit und Souveränität ein Gut allerhöchsten Ranges. Viele der Führer dieser jungen Staaten hatten jahrelang dafür gekämpft – ihre Kampforganisationen hiessen bezeichnenderweise oft «*Nationale Befreiungsfront*» –, und die endlich erlangte Staatlichkeit bedeutet für sie ein lange ersehntes Ziel, die Anerkennung durch die anderen Staaten und die Aufnahme in die UNO eine äusserst wichtige Prestigefrage.

Erst recht bildet das Nationale im Innern dieser Staaten die oberste Quelle aller politischen Legitimität. Eine oft prekäre Stellung der politischen

Führung und das nicht seltene Wiederaufbrechen von Stammeskonflikten und anderen internen Rivalitäten haben zur Folge, dass jeder Fortschritt, jede Entwicklung, gleichbedeutend ist mit der Durchsetzung einer modernen Staatlichkeit. Die innere Kohäsion eines jungen politischen Gebildes, seine Möglichkeiten, eine moderne Infrastruktur und Wirtschaft aufzubauen – alles hängt davon ab, ob es gelingt, einen Rahmen gesetzlicher Ordnung, kurz: einen funktionsfähigen Staat, zu schaffen. Jede Kraft, die gegen das Staatliche wirkt, muss hier zwangsläufig als reaktionär oder als subversiv oder als beides zusammen erscheinen. All das gibt dem Staat als der massgeblichen politischen Organisationsform mächtig Auftrieb – das allgemeine Klima der Weltöffentlichkeit wird mit dem wachsenden Einfluss der Dritten Welt eher staatsfreundlicher.

Ungewisse Bilanz

Das Bild, das sich aus einem Überblick über die wichtigsten Faktoren, die einerseits das Prinzip des Staatlichen infrage stellen, andererseits es stärken, ergibt, ist verwirrend. Um verlässlich sagen zu können, wie die Dinge nun weitergehen sollen, müsste man in der Lage sein, die künftige Entwicklung der verschiedenen Faktoren abzuschätzen, ihr relatives Gewicht zu bestimmen und alle ihre möglichen Wechselwirkungen klarzulegen. Das vermag freilich niemand.

Aber eine verlässliche Folgerung darf man dennoch ziehen: nämlich die, dass der Einfluss der Tendenzen, die den Staat obsolet werden lassen, auf jeden Fall durch starke Gegenkräfte *modifiziert* wird. Der Staat wird darum trotz allem auf absehbare Zeit die massgebliche Form der politischen Ordnung auf der Welt bleiben. Das gilt auch für die Schweiz, selbst wenn deren relative Kleinheit den Eindruck erwecken mag, dass hier der auf Auflösung und Aufhebung in einer umfassenderen Ordnung hin tendierende Einfluss der wirtschaftlichen Interdependenz ungleich stärker wirke als andernorts.

Darüber hinaus gibt es noch einen viel bedeutsameren Aspekt, und dieser zeigt sich, wenn man die Folgen betrachtet, die dieses Vorherrschen des Staatlichen für die Weltpolitik oder das internationale System allgemein (und von daher dann auch wieder indirekt für den einzelnen Staat) hat.

Entscheidend: die Struktur des internationalen Systems

Das internationale System regelt bekanntlich im Gegensatz zu einem innenpolitischen System die in ihm vorkommenden Konflikte in sehr primitiver

Weise. Mit Konflikten haben wir freilich immer zu rechnen, solange unsere Welt noch nicht zum Schlaraffenland oder zum Paradies geworden ist, denn die Summe der Wünsche und Interessen der einzelnen Gruppen oder Individuen ist meist viel grösser als die Summe der Mittel, um diese Wünsche zu befriedigen. Während nun aber im Innern der Staaten bestimmte Regeln, Gesetze, entwickelt worden sind, um die Konflikte *ohne* Gewaltanwendung zu lösen, stehen im internationalen Bereich für die gewaltfreie Lösung von Konflikten nur sehr mangelhafte Methoden zur Verfügung, und zwar kranken sie alle an dem Übel, dass ihr Funktionieren vom Willen der einzelnen Staaten abhängt: In der UNO ist diese Abhängigkeit im sogenannten «Vetorecht» der Grossmächte sogar förmlich verankert; die Bemühungen um eine Abrüstung scheitern bekanntlich immer wieder am Argwohn der einzelnen Staaten; der Erfolg diplomatischen Verhandeln hängt vom Willen der einzelnen Verhandlungspartner ab; das System der strategischen Abschreckung bezieht sich ebenfalls allein auf die einander im Konflikt gegenüberstehenden Partner.

Etwas Übergeordnetes dagegen fehlt; es fehlt etwas, das, um mit Carl Friedrich von Weizsäcker zu sprechen, die internationale Politik zur «Weltinnenpolitik» macht, und es zeichnet sich leider auch keine Entwicklung ab, die in diese Richtung führte. Solange sich das internationale System in diesem Zustand befindet, bleibt der einzelnen Gemeinschaft freilich im *Notfall* nur die Waffengewalt und im *Normalfall* nur die Rückversicherung durch die *mögliche* Waffengewalt übrig. Oder anders ausgedrückt: So sehr auch die verschiedenen Kräfte, vor allem die Wirtschaft, über den Staat hinausweisen und ihn infragestellen, so sehr gilt nun eben auch einmal die Tatsache, dass in machtpolitisch-strategischer Hinsicht, von den Gegebenheiten des internationalen Systems her, ein unvermeidlicher Druck zum Staat *hin* besteht. Die Menschen haben also im heutigen, nur rudimentär organisierten – weil ausschliesslich auf dem Willen von Einzelstaaten beruhenden – internationalen System gar keine andere Wahl, als sich in Staaten zu organisieren. Mit dem Staat als der grundlegenden politischen Organisationsform ist folglich vor allem aus diesem Grund auf absehbare Zukunft fest zu rechnen, so sehr man sich auch eine universelle Ordnung wünschen möchte.